



öffentlich

Betreff:

Beendigung Projekt Koordinierungsstelle Wohnungstausch Potsdam

Einreicher: Fraktion Freie Demokraten

Erstellungsdatum: 10.01.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
25.01.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das „Experiment“ Koordinierungsstelle Wohnungstausch soll nicht wie bisher umgesetzt, sondern kurzfristig eingestellt oder anderweitig fortgeführt werden. Im Falle der anderweitigen Fortführung soll der Oberbürgermeister beauftragt werden zu prüfen, wie das Thema Wohnungstausch kostengünstig und unbürokratisch weiterhin in Potsdam begleitet und umgesetzt werden kann, z.B. über eine digitale Plattform und unter Einbindung von persönlichen Ansprechpartnern bei Mitgliedsunternehmen der Stadtspuren.

Das Ergebnis der Prüfung soll in der SVV in Q2/2023 vorgestellt werden.

gez. Sabine Becker / Björn Teuteberg
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Obwohl im GSWI Ausschuss das Projekt als „Experiment“ vorgestellt wurde, fielen jährliche Kosten in sechsstelliger Höhe an. Aus der Beantwortung von kleinen Anfragen und Presseberichten (z.B. PNN vom 06.01.2021 und 26.12.2022) ergibt sich, dass ein Erfolg bisher nicht verzeichnet werden konnte. So konnten in den ersten zwei Jahren nur zwei Objekte getauscht werden; bei Kosten von über 200.000 Euro.

Da das Thema jedoch grundsätzlich als wichtig zu erachten ist, soll im Rahmen der Prüfung daher kostengünstigere, auch digitale Alternativen erarbeitet werden. Auf Grund des hohen Anteils an kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen in Potsdam (Mitglied des Arbeitskreises Stadtpuren) kann hier auch über persönliche Anlaufstellen pro Mitgliedsunternehmen ein Effekt erzielt werden.



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am:	
Titel des Antrages:	
Drucksache Nr.:	TOP:

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung
2. Berücksichtigung im Haushaltsplan
3. Zeitliche Umsetzbarkeit
4. Inhaltliche Einordnung